

Schwäbische Zeitung

Donnerstag, 21. August 2008
Nr. 37 (1980) UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR ÖSTLICHE, DIE KULTUR UND POLITIK



Hält das jetzige Sozialsystem für überholt und plädiert daher für eine Grundversorgung für alle: Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus. Foto: dpa

Althaus' Idee ist nicht ganz neu

BERLIN-Nachgedacht haben schon andere über ein Grundeinkommen, doch nicht in der CDU, sondern in der PDS. Das Modell der Abgeordneten Katja Kipping (Die Linke), das 950 Euro Grundsicherung vorsieht, wurde allerdings vom CSU-Abgeordneten Alois Karl prompt als „Stück aus dem Topfhaus“ bezeichnet. Jetzt aber kommt der Vorstoß aus den eigenen Reihen.

Von unserer Redakteurin
Sabine Lennartz

Zwei gegensätzliche Lager, die Linken und die CDU, warten mit der gleichen Idee auf. Das hat Gründe. Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) hält das jetzige Sozialsystem schlicht für überholt. Selbst Hartz IV habe nur zu Mehrausgaben geführt. „In seiner jetzigen Konstruktion ist es nicht mehr haltbar“, so Althaus.

Die Haushalte seien mit über 1,5 Billionen Euro verschuldet. Durch die Zinslasten „wird das Holz verbrannt, an dem sich unsere Kinder morgen wärmen sollen“, sagte Althaus. Die Bü-

rokratie wachse unaufhörlich, derzeit würden 155 Sozialleistungen von 37 Stellen ausgegeben. Trotzdem sei keine Besserung in Sicht.

Im Problembereich der niedrig bezahlten Arbeitslosen würde derzeit zu viel wegbesteuert, um überhaupt noch Anreize zur Arbeitsaufnahme zu schaffen. Althaus glaubt, dass deshalb zum Beispiel die Saisonarbeit auf den Feldern nicht angenommen werde. Von seinem Vorstoß verspricht er sich Arbeitsanreize für niedrig entlohnte Tätigkeiten, da von zusätzlich verdientem Geld auch mehr in der Tasche bleibt als bisher. Das solidarische Bürgergeld könne Beschäftigung im Niedriglohnbereich wieder attraktiver machen. „Für Millionen Menschen, die heute durch Schwarzarbeit ihr Geld verdienen, ist der reguläre Arbeitsmarkt wieder attraktiv“, meint Althaus.

Er will sein Modell am 23. Oktober in die Grundsatzkommission der CDU einbringen. Bisher hält sich die Begeisterung in seiner Partei in engen Grenzen. „In die Grundsatzkommission kann jeder das einbringen, was er gerne möchte“, hieß es gestern in Fraktionskreisen.

800 Euro Grundbetrag

Das Modell, das der thüringische Ministerpräsident Dieter Althaus am 23. Oktober in die Grundsatzkommission der CDU einbringen will, ist nicht ganz einfach zu erklären. 800 Euro soll der Grundbetrag für alle betragen. Die Auszahlung soll das Finanzamt übernehmen.

Bis 1600 Euro wird das Einkommen zu 50 Prozent versteuert. Das heißt, wer 1600 Euro verdient, zahlt 800 Euro Steuern, bekommt aber auch 800 Bürgergeld dazu, so dass er de facto brutto gleich netto in der Tasche hat. Bei einem Einkommen von über 1600 Euro soll das Bürgergeld halbiert und das zusätzliche Einkommen mit 25 Prozent besteuert werden. Beispiele: Wer 2000 Euro verdient, zahlt 100 Euro Steuern, wer 5000 Euro verdient, zahlt 850 Euro Steuern, wer 40 000 Euro verdient, zahlt 9600 Euro Steuern.

Für Arbeitnehmer und Arbeitgeber fallen die Sozialbeiträge weg. Die Arbeitgeber sollen stattdessen eine zehnprozentige Lohnsummensteuer entrichten. (sal)

Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus wirbt für ein Grundeinkommen für alle. Er sieht keine Zukunft mehr im bestehenden Sozialsystem. Dieser revolutionäre Vorschlag ist vor allem eins: ehrlich.

Bemerkenswert, aber abenteuerrich

Von unserer Redakteurin
Sabine Lennartz

An eine Art Bürgergeld haben schon viele gedacht. Voraussetzung: Der Bürger tut etwas für sein Geld. Bei Althaus' Modell ist das keine Bedingung mehr. Jeder soll Anspruch auf eine Grundeinkicherung haben. Dieser Gedanke ist sensationell ehrlich. Denn bisher sind Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II an Auflagen gekoppelt, die häufig nicht eingehalten werden. Althaus macht einen Vorschlag, der mit vielen Lebenslügen in den deutschen Sozialsystemen Schluss macht. Der viele Ämter, viele Nachprüfungen und viel Bürokratie überflüssig macht. Insofern ist das Nachdenken über neue Wege ehrenhaft.

Wer sich allerdings an den Aufschrei gegen Paul Kirchhofs Modell einer flattrax erinnert, wer die Auseinandersetzungen rund um die Gesundheitsreform verfolgt, der weiß, dass schon schlichte Neuerungen in Deutschland kaum eine Chance haben, von Revolutionen ganz zu schweigen. Althaus' Modell aber wäre eine Revolution.

Doch welche Auswirkungen ein solches Modell auf die Löhne insgesamt hätte, ob wirklich die Freude an Vollzeit-Arbeitsplätzen zunimmt, oder nicht eher Ehrgeiz und Fleiß zu Fremdworten werden und eine Freizeit-Teilzeit-Gesellschaft entsteht, ist ungewiss. Ganz zu schweigen von berechtigten Zweifeln, ob sich ein solches Modell wirklich finanzieren lässt.

Sozialsysteme

CDU-Mann Althaus will für alle 800 Euro Grundeinkommen

BERLIN (sal) - Ein solidarisches Bürgergeld für alle, ein Grundeinkommen in Höhe von 800 Euro monatlich fordert Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU). Das bisherige Sozialsystem hat für ihn ausgedient. „Ein Sozialsystem, das sich zu 40 Prozent über Steuern finanziert, ist nicht zukunftsfähig.“

Althaus will einen radikalen Systemwechsel. Alle Deutschen über 18 sollen ohne Vorbedingungen das Bürgergeld bekommen, bis 1600 Euro bleibt das Einkommen de facto steuerfrei, ab 1600 Euro wird es mit 25 Prozent versteuert. Wer 2000 Euro verdient, würde 100 Euro Steuern zahlen. Eltern sollen für jedes Kind bis zum 18. Lebensjahr jeweils 500 Euro erhalten.

Vom Bürgergeld abzuziehen ist jeweils die Gesundheitsprämie von 200 Euro. Althaus hat bereits bei der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel und bei Generalsekretär Ronald Pofalla für sein Modell geworben. Er will es am 23. Oktober der CDU-Grundsatzkommission vorstellen. Dass das Bürger-

geld auf Anhieb auf Gefallen stößt, damit rechnet Thüringens Ministerpräsident nicht. Er ist jedoch überzeugt, dass man den Boden bereiten muss für etwas ganz Neues. Althaus ist der Überzeugung: „Wir kommen in den Systemen, die wir haben, nicht weiter. Die Verfallszeiten aller Reformen werden immer kürzer.“

Auch Modelle wie der Kombilohn werden seiner Ansicht nach die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht verbessern. Der Kombilohn transferiere in Wahrheit nur Arbeitsplätze. Auch von Mindestlöhnen verspricht Althaus sich nichts, diese bauten nur noch weitere Arbeitsplätze ab. Schon heute gebe es ganze Berufszweige, wie bei den Friseurinnen, bei denen sich 40 Prozent in der Schwarzarbeit abspiele. Für sein Modell, so Althaus, seien rund 600 Milliarden Euro nötig. Finanziert werde es durch die Einkommensteuern sowie eine zehnprozentige Lohnsummensteuer der Arbeitgeber. Dafür fielen sämtliche Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitgeber und Arbeitnehmer weg. **SEITE 4/MEINUNG & DIALOG**

Info aus der HP: <http://www.Ulmer-BGE-Modell.de>

Schwäbische Zeitung

Freitag, 15. August 2008
Nr. 187 / 8. JAH
UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR CHRSTLICHE KULTUR UND POLITIK

Bürgergeld als radikaler Kurswechsel

Mit einem radikalen Kurswechsel in der Steuer- und Sozialpolitik will Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus das System auf neue Füße stellen: Das „Solidarische Bürgergeld“ garantiert jedem ein bedingungsloses Grundeinkommen. Hinzu kommt eine Einfachsteuer.

DIETER KELLER

BERLIN ■ Wie ein Revoluzzer sieht Dieter Althaus wahrlich nicht aus. Und doch belebt der thüringische Ministerpräsident die Debatte um ein neues Grundsatzprogramm seiner Partei, der CDU, mit einem revolutionären Konzept: Das „Solidarische Bürgergeld“ würde das Sozialsystem ebenso auf den Kopf stellen wie das Steuersystem.

Das derzeitige System ist auf Sand gebaut, ist der 48-Jährige überzeugt: Die Sockelarbeitslosigkeit steigt ebenso immer weiter wie die Beiträge zur Sozialversicherung; der Generationenvertrag funktioniert nicht mehr. Die Entgelte im Niedriglohnbereich reichen nicht, um die Existenz zu sichern. Es gibt 155 Sozialleistungen, und dennoch ist das Ergebnis unbefriedigend.

Ob die Einfachsteuer von Friedrich Merz oder Änderungen im Sozialsystem, bisher hat die CDU nur Reformansätze beschlossen, die nicht zusammen passen, gibt das Mit-



Der thüringische Ministerpräsident Dieter Althaus hat ein hartes Stück Arbeit vor sich: Er will seine Partei für das „solidarische Bürgergeld“ begeistern. Archivfoto

glied im CDU-Bundesvorstand zu. Seine Antwort, die er zusammen mit Professoren entwickelt hat:

- Das Bürgergeld bekommt jeder, der seit mindestens zwei Jahren seinen festen Wohnsitz in Deutschland hat, als bedingungsloses Grundeinkommen vom Staat.
- Jeder Erwachsene ab 18 erhält 800 Euro im Monat, Kinder 500 Euro. Davon gehen jeweils 200 Euro pauschal für die Kranken- und Pflegeversicherung ab. Alle anderen Sozialbeiträge werden ebenso abgeschafft wie das Kindergeld, Wohngeld, Elterngeld oder Bafög.
- Für jeden Euro, den der Bürger selbst verdient, sind 50 Prozent

Steuer fällig, egal ob es sich um Einkünfte als Angestellter, Selbstständiger, Zinsen oder Grundvermögen handelt. Umgekehrt gesagt: Auch Geringverdiener können von jedem Euro, den sie bekommen, die Hälfte behalten. Derzeit sind es häufig nur 10 bis 20 Prozent.

- Jeder kann sich auch für das halbierte Bürgergeld von 400 Euro entscheiden. Dann zahlt er nur 25 Prozent Steuer. Das ist für jeden günstiger, der mehr als 1600 Euro im Monat verdient. Es gibt nur noch diesen einheitlichen Niedrigsteuersatz und keine Progression mehr wie bisher. Wer unter der 1600-Euro-Grenze liegt, bekommt immer et-

was vom Finanzamt als „negative Einkommensteuer“ heraus.

- Auch Rentner erhalten das Bürgergeld. Ab 67 wird es je nach Arbeitsjahren auf bis zu 1400 Euro aufgestockt. Finanziert wird dies durch die Unternehmen, die 10 Prozent Lohnsummensteuer abführen müssen. Wer sich – wegen erheblicher anderer Einkünfte – für das halbe Bürgergeld von 400 Euro entscheidet, hat Anspruch auf maximal 300 Euro Rentenzuschlag.

Der Systemwechsel birgt seine Tücken. So ist eine lange Übergangszeit unumgänglich, weil bestehende Rentenansprüche nicht einfach gestrichen werden können, weder bei Rentnern noch bei Erwerbstätigen. Dies will Althaus durch einen Steuerzuschlag finanzieren.

Nach den Berechnungen seiner Experten kostet das Bürgergeld samt der radikalen Steuerreform 600 Milliarden Euro im Jahr. Ein Riesensbetrag – und doch finanzierbar, weil sich heute allein das Sozialbudget auf 735 Milliarden Euro bezieht. Schwarzarbeit lohnt sich dann nicht mehr, hofft der CDU-Politiker. Zudem wäre damit ein gigantischer Bürokratieabbau verbunden.

Althaus hat sein Konzept schon Parteichefin Angela Merkel vorgestellt. Im Oktober will er in der CDU-Grundsatzkommission dafür werben. Er hofft, dass sie sich nach einer längeren Debatte seine Ziele zu eigen macht.

■ **ONLINE-INFO** 
www.d-althaus.de